

Satzung

über die Entsorgung des Inhalts von Grundstücksentwässerungsanlagen

in der Stadt Soest (Klärschlamm Entsorgungssatzung) vom 20.12.2017

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art.2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV NRW 2015, S. 496), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.08.2016 (BGBl.I 2016, S.1972), in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 43 ff., 46 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV NRW 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.07.2016 (GV.NRW.2016, S.559 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV.NRW.2013, S.602 ff.), zuletzt geändert durch Art.20 des Gesetzes vom 08.07.2016 (GV.NRW.2016, S.559 ff.), in der jeweils geltenden Fassung, des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (BGBl.I 1997, S.602), zuletzt geändert durch Art.4 Abs.55 des Gesetzes vom 18.07.2016 (BGBl. I 2016, S.1666), in der jeweils geltenden Fassung, sowie der §§ 1 und 2 der Satzung der Stadt Soest über die Anstalt des öffentlichen Rechts vom 19.12.2006, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Verwaltungsrat der Kommunale Betriebe Soest AöR in seiner Sitzung am 20.12.2017 die folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsübersicht

§ 1 Allgemeines

§ 2 Anschluss und Benutzung

§ 3 Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlagen

§ 4 Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen

§ 5 Haftung

§ 6 Anmeldepflicht

§ 7 Auskunftspflicht, Betretungsrecht

§ 8 Benutzungsgebühren

§ 9 Gebührensatz

§ 10 Gebührenpflicht, Veranlagung, Fälligkeit

§ 11 Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen,
die Schmutzwasser den Grundstücksentwässerungsanlagen zuleiten

§ 12 Andere Berechtigte und Verpflichtete

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

§ 14 Inkrafttreten

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Kommunalen Betriebe Soest AöR (nachfolgend „KBS“ genannt) betreiben die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Soest nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.

Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für häusliches Schmutzwasser. Betreiber der Grundstücksentwässerungsanlage ist der Grundstückseigentümer.

- (2) Die Entsorgung umfasst die Entleerung (einschl. ggf. erforderlicher Reinigung), Abfuhr und Behandlung der Anlageninhalte entsprechend den allgemeinen anerkannten Regeln der Abwassertechnik. Zur Durchführung der Entsorgung können sich die KBS Dritter als Erfüllungsgehilfen bedienen.

§ 2

Anschluss und Benutzung

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Grundstücksentwässerungsanlagen vorhanden sind, sind berechtigt und verpflichtet (Anschluss- und Benutzungszwang), ihre Grundstücke an die öffentliche Einrichtung für die Abwasserbeseitigung nach § 1 Abs. 1 anzuschließen und den Inhalt der Grundstücksentwässerungsanlagen der KBS zu überlassen.
- (2) Abs. 1 ist nicht anwendbar,
 - a) soweit die KBS von ihrer Abwasserbeseitigungspflicht befreit wurden und diese auf den Grundstückseigentümer übertragen wurde,
 - b) wenn der Grundstückseigentümer nachweist, dass das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, das im Rahmen einer pflanzenbedarfsgerechten Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden ohne Beeinträchtigung des Allgemeinwohls im Einklang mit den wasserrechtlichen, abfallrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird (§ 49 Abs. 5 S.2 LWG NRW).

Die wasserrechtlichen Vorschriften zum Gewässerschutz bleiben hiervon unberührt.

§ 3

Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den gemäß § 60 WHG und § 56 LWG NRW jeweils in Betracht kommenden allgemein anerkannten Regeln der Technik vom Grundstückseigentümer auf eigene Kosten herzustellen, zu unterhalten und zu betreiben. Die wasserrechtlichen und baurechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Die Untere Wasserbehörde ordnet bei Bedarf die Sanierung an. Vom Betreiber ist eine ständige Funktionskontrolle (Eigenkontrolle) seiner Abwasseranlage durchzuführen. Der ordnungsgemäße Zustand ist auf Verlangen nachzuweisen. Grundstücksentwässerungsanlage und Zuwegung sind so zu bauen, dass die Grundstücksentwässerungsanlage durch die KBS oder von beauftragten Dritten eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand die Entsorgung durchführen kann. Die Grundstücksentwässerungsanlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.
- (2) In die Grundstücksentwässerungsanlage dürfen keine Stoffe eingeleitet werden, die geeignet sind,
 - die Funktionsfähigkeit der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben zu beeinträchtigen,
 - die bei der Entleerung und Abfuhr eingesetzten Geräte und Fahrzeuge in ihrer Funktion zu beeinträchtigen, zu beschädigen oder zu zerstören.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Entwässerungssatzung) in der jeweils geltenden Fassung über
 - die Ausschlüsse in § 7 Abs. 1 und 2 Entwässerungssatzung für Einleitungen in die Grundstücksentwässerungsanlage

- den Einbau sowie die Entleerung und Reinigung von Abscheidevorrichtungen gem. § 8 Entwässerungssatzung auf angeschlossenen Grundstücken entsprechend. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.

§ 4

Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Vollbiologische Kleinkläranlagen mit der Bauartzulassung vom Deutschen Institut für Bautechnik sind entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik bei Bedarf, mindestens jedoch im zweijährigen Abstand zu entleeren, soweit auf der Grundlage des § 56 LWG keine anderen Regelungen eingeführt worden sind. Kleinkläranlagen ohne Bauartzulassung sind je nach Größe und Bedarf in kürzeren Zeitintervallen zu entsorgen, die von den KBS im Einzelfall festgelegt werden. Abflusslose Gruben sind bei Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr zu entleeren. Ein Bedarf liegt vor, wenn die abflusslose Grube bis 50 % des nutzbaren Volumens angefüllt ist. Ist die abflusslose Grube mit einer Füllstandsanzeige und einer Warnanlage ausgerüstet, so liegt der Bedarf vor, wenn die abflusslose Grube bis 80 % des nutzbaren Volumens angefüllt ist.
- (2) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach der Entsorgung gemäß der Betriebsanleitung und unter Beachtung der insoweit geltenden DIN-Vorschriften und der wasserrechtlichen Erlaubnis wieder in Betrieb zu nehmen.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat die Entsorgung der Anlagen rechtzeitig bei den KBS mündlich oder schriftlich zu beantragen.
- (4) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Entsorgungsplans können die KBS den Inhalt der Grundstücksentwässerungsanlagen entsorgen, wenn besondere Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzungen für die Entsorgung vorliegen und ein Antrag auf Entsorgung unterbleibt.
- (5) Die Durchführung der Entsorgung erfolgt nach näherer Bestimmung durch die KBS. Der Grundstückseigentümer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Grundstücksentwässerungsanlagen jederzeit zum Zweck des Abfahrens des Abwassers zugänglich sind, und sich der Zugang in einem verkehrssicheren Zustand befindet.
- (6) Die Anlageninhalte gehen mit der Abfuhr und Übernahme in das Eigentum der KBS über. Die KBS sind nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsachen zu behandeln.

§ 5

Haftung

- (1) Die Haftung des Grundstückseigentümers für den ordnungsgemäßen Betrieb seiner Grundstücksentwässerungsanlage wird durch diese Satzung und die nach ihr durchgeführte Entsorgung nicht berührt.
- (2) Der Grundstückseigentümer haftet gegenüber den KBS für schuldhaft hervorgerufene Schäden infolge mangelhaften Zustandes oder unsachgemäßer oder satzungswidriger Benutzung seiner Grundstücksentwässerungsanlage oder Zuwegung. Er hat die KBS von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden; mehrere Ersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.

- (3) Kommt der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung nicht oder nicht ausreichend nach und ergeben sich dadurch Mehraufwendungen, ist er zu Ersatz verpflichtet.
- (4) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung wegen höherer Gewalt nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im Übrigen haftet die Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 6

Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat den KBS die Grundstücksentwässerungsanlagen, die sich auf seinem Grundstück befinden, anzuzeigen. Die für die Genehmigung derartiger Anlagen vorhandenen baurechtlichen und wasserrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.
- (2) Wird das Eigentum an dem Grundstück auf einen anderen übertragen, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, den Eigentumswechsel den KBS unverzüglich anzuzeigen.

§ 7

Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, über § 6 hinaus den KBS alle zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Den Beauftragten der KBS ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den in Frage kommenden Teilen des Grundstückes und der Grundstücksentwässerungsanlage zu gewähren; die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen von den KBS ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (3) Nach Aufforderung sind festgestellte Mängel durch den Grundstückseigentümer zu beseitigen und die Grundstücksentwässerungsanlage sowie deren Zuwegung in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (4) Der Grundstückseigentümer hat das Betreten und Befahren seines Grundstückes zum Zwecke der Entsorgung zu dulden.

§ 8

Benutzungsgebühren

- (1) Die KBS erheben für die Inanspruchnahme der Einrichtung zur Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen Benutzungsgebühren nach Maßgabe des KAG NRW und der Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist die festgestellte Menge des abgefahrenen Grubeninhalts. Zur Abfuhrmenge gehört auch das für das Absaugen etwa erforderliche Spülwasser. Als Berechnungseinheit gilt der Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts, gemessen an der Messeinrichtung des Spezialabfuhrfahrzeuges.
- (3) Bei jeder Entsorgung ist die Menge des abzufahrenden Grubeninhalts zu ermitteln und von dem Grundstückseigentümer oder dessen Beauftragten zu bestätigen.

§ 9

Gebührensatz

Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt für die Beseitigung eines Kubikmeters Klärschlamm 49,36 Euro. Angefangene Kubikmeter werden nach ihrem Bruchteil berechnet.

§ 10

Gebührenpflicht, Veranlagung, Fälligkeit

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Inanspruchnahme der Einrichtung durch Entleerung der Grundstücksentwässerungsanlagen.
- (2) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Entleerung der jeweiligen Grundstücksentwässerungsanlage Eigentümer eines an die Grubenentsorgung angeschlossenen Grundstücks ist; mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (3) Die Benutzungsgebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 11

Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser den Grundstücksentwässerungsanlagen zuleiten

Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlage, abflusslose Grube) zuleiten, gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser –SüwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs.1 LWG NRW, § 8 Abs.1 SüwVO Abw NRW so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen der Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der KBS.

§ 12

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Alle in dieser Satzung vorgesehenen Rechte und Pflichten der Grundstückseigentümer gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher und alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten sowie für Pächter von gärtnerisch, land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken und Inhaber und Pächter von Tankstellen und Gewerbebetrieben. Der Grundstückseigentümer wird von seinen Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihm andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind; mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - a) § 2 nicht an die Entsorgung anschließt oder sie nicht benutzt,
 - b) § 3 Abwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 3 entspricht,
 - c) § 4 Abs. 2 die Entwässerungsanlage nicht wieder in Betrieb nimmt,
 - d) § 4 Abs. 3 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,
 - e) § 6 Abs. 1 und Abs. 2 seinen Anzeigepflichten nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt,
 - f) § 7 Abs. 1 Auskünfte verweigert,
 - g) § 7 Abs. 2 den Zutritt nicht ungehindert gewährt,
 - h) § 7 Abs. 3 Mängel nicht beseitigt;
 - i) § 7 Abs. 4 den Zugang verwehrt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 € geahndet werden (§ 7 Abs.2 GO NRW i.V.m. § 117 OWiG).

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2018 in Kraft. Die Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Soest (Klärschlamm Entsorgungssatzung) vom 20.12.2011 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 17.12.2015 tritt mit Ablauf des 31.12.2017 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird bestätigt, dass diese Satzung mit dem Beschluss des Verwaltungsrats der Kommunale Betriebe Soest AöR vom 20.12.2017 übereinstimmt.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Vorstand hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Kommunale Betriebe Soest AöR vorher gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59494 Soest, den 20.12.2017

gez. Peter Wapelhorst

Vorstand Kommunale Betriebe Soest Anstalt öffentlichen Rechts